

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

8 | 24

Seite **4**

Landtagspräsident mahnt beim Neujahrsempfang zu Kompromissfähigkeit

Seite **6**

Landtag wählt Michael Kretschmer erneut zum Ministerpräsidenten

Seite **10**

Aktuelle Debatten zu Migration, Wirtschaft und Mietpreisdeckel



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 8 | 24

»Sächsischer Landtag als Parlament der Möglichkeiten«
Neujahrsansprache des Landtagspräsidenten 2025 **4**

PLENUM

4. Sitzung
Dritte Amtszeit für Michael Kretschmer
Landtag wählt den Ministerpräsidenten im zweiten Wahlgang **6**

5. Sitzung
Sachsens neue Staatsregierung
Wer gehört dem neuen Kabinett von Ministerpräsident Kretschmer an? **8**

4. Sitzung
Verschonpause für die Kommunen
CDU will Rückkehr zu einer geordneten Migrationspolitik **10**

Rückkehr zu alter Wettbewerbsfähigkeit
AfD fordert Wege aus der Wirtschaftskrise **10**

Wachsende Unzufriedenheit
BSW sieht Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre gescheitert **11**

5. Sitzung
Niemand soll durchs Netz rutschen
SPD für Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit **11**

Entschlossen gegen häusliche Gewalt
BÜNDNISGRÜNE fordern mehr Schutz für Frauen **12**

Schutz vor unbezahlbaren Mieten
Die Linke setzt sich für den Erhalt des Mietendeckels ein **12**

Erkenntnisse für die Zukunft gesucht
Landtag beschließt Enquetekommission zur Coronapandemie **13**

PARLAMENT

Aktuelle Gesetzgebung **14**

Aktuelle Gesetzgebung in Zeiten des Legislaturwechsels **14**

Minderheitsregierungen – Ausnahme im deutschen Parlamentarismus **15**

AKTUELLES

Unabhängige Schnittstelle zwischen Medien und Politik
Vorgestellt: Die Landespressekonferenz Sachsen **16**

TITELBILD:
Sternsinger am Dreikönigstag 2025 im Sächsischen Landtag
Foto: M. Rietschel



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Magdalena Portack, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Textbearbeitung und Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
SDV Direct World GmbH,
Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden
Redaktionsschluss: 10.01.2025
Gastautoren: Christian Schulze, Rüdiger Soster (Sächsischer Landtag), Dr. Lutz Vogel (Hessisches Institut für Landesgeschichte)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Dankeschön mit ganz viel Herz
Feierstunde und Empfang für Ehrenamtliche im Plenarsaal **18**

Hindernisse wegräumen und Mut machen
Verleihung des Sächsischen Inklusionspreises 2024 **19**

Tradition, Musik und Genuss
Weihnachtsstimmung zieht durch den Landtag **20**

GESCHICHTE

Politikerinnen zwischen Etablierung und Zurückdrängung?
Die Rolle von Frauen im sächsischen Landtag während der Weimarer Republik und ihr Schicksal nach 1933 **22**



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die erneute Wahl von Michael Kretschmer zum sächsischen Ministerpräsidenten und die Verteidigung der neuen Staatsregierung kurz vor Weihnachten waren zweifellos der Höhepunkt eines politisch herausfordernden Jahres 2024. In dieser Ausgabe des Landtagskuriers finden Sie alles Wissenswerte über die zurückliegenden Ereignisse im Landtag sowie die neu gewählte Regierungsmannschaft. Ich bin davon überzeugt, dass sie die richtigen Entscheidungen treffen wird, um unseren Freistaat Sachsen in den kommenden Jahren voranzubringen.

Viele der neuen Staatsministerinnen und Staatsminister konnte ich zum Neujahrsempfang am Dreikönigstag im Sächsischen Landtag begrüßen. Gekommen waren zudem viele Gäste aus der sächsischen Bürgergesellschaft. Ihre Anwesenheit war ein starkes Zeichen, denn auf mutige und verantwortungsbereite Menschen wird es in diesem Jahr ganz besonders ankommen. Nur mit viel Fleiß und Leistungsbereitschaft können wir den Aufbruch schaffen, den unser Land jetzt so dringend braucht. In meiner Neujahrsansprache habe ich das herausgestellt. Wir müssen jetzt die Fesseln lösen, die wir uns teilweise selbst angelegt haben, und jene großen Kräfte freisetzen, die in unserer Gesellschaft schlummern. Dass dies möglich ist, dass wir Großes vollbringen können, haben wir Sachsen in den letzten 35 Jahren bereits bewiesen. Mit dieser Selbstgewissheit sollten wir jetzt nach vorn schauen.

Die Aufgaben, die 2025 nach konkreten politischen Lösungen verlangen, sind nicht gerade klein. In den Aktuellen Debatten der Plenartage im Dezember wurde das für mich einmal mehr deutlich. Die behandelten Themen reichten von Migration sowie Kinder- und Jugendhilfe über Arbeitsplatzabbau bis hin zur Mietpreisbremse. In diesem Heft können Sie mehr darüber erfahren.

Vor allem aber möchte ich Ihnen noch ganz persönlich alles Gute und Gottes Segen für das neue Jahr wünschen. Herzlichen Dank, dass Sie 2025 weiterhin mit viel Interesse die Arbeit unseres Parlaments der Sachsen begleiten.

Alexander Dierks

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags

20



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

2025

Fotos: M. Rietschel



Landtagspräsident Alexander Dierks

»Sächsischer Landtag als Parlament der Möglichkeiten«

— Neujahrsansprache des Landtagspräsidenten 2025

Zu Beginn des Jahres 2025 forderte Landtagspräsident Alexander Dierks einen Aufbruch für Sachsen und unterstrich die politische Kompromissfähigkeit.

Die sächsische Demokratie, so Landtagspräsident Alexander Dierks in seiner Neujahrsrede, betrete 2025 neues politisches Gelände. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Freistaates Sachsen verfüge die Staatsregierung über keine eigene Mehrheit im Sächsischen Landtag. Darin liege die große Anforderung, aber auch die Chance. Sachsen könne Vorreiter sein und zeigen, dass solch eine Regierung gestalten könne. Denn jeder einzelne Abgeordnete sei aus einem einzigen Grund in den Landtag gewählt: um den Freistaat Sachsen voranzubringen. Beherzige man das, so Dierks, könne man in einigen Jahren sagen, »dass wir es geschafft haben, eine neue politi-

sche Kultur, ein respektvolles Miteinander, eine Lösungskultur aus anständigem fachpolitischem Streit zu etablieren«. Der Sächsische Landtag müsse verdeutlichen, dass er ein Parlament der Möglichkeiten und der Zukunftsgestaltung sei.

Parlamentarismus, so Dierks, bedeute aber auch: »Wir tragen stellvertretend die Auseinandersetzungen und Konflikte aus, die es in einer so vielfältigen Gesellschaft wie der unseren gibt. Das ist unser Auftrag, dafür sind wir gewählt. Dafür

braucht es harte fachpolitische Auseinandersetzungen, aber getreu dem Motto, dass wir keine Feinde sind«. Der Landtagspräsident betonte deshalb, wie wichtig der Kompromiss in der parlamentarischen Demokratie sei: »Ohne Kompromisse geht es nicht. Es gibt nicht nur Schwarz und Weiß. Es gibt nicht den einen Königsweg, sondern es gibt immer den Weg dahin, eine Lösung zu finden, die unterschiedliche Interessen miteinander versöhnt.« Eine erste Nagelprobe sei der Doppel-

haushalt 2025/2026. Sachsen stehe einer herausfordernden fiskalischen Situation gegenüber. »Gerade in solchen Situationen beweist sich die Handlungsfähigkeit einer parlamentarischen Demokratie: die Bereitschaft, Prioritäten zu setzen, Schwerpunkte abzuwägen.«

Der Landtagspräsident rief ferner zu mehr Freiheit auf. Sachsen brauche Stabilität und einen gesellschaftlichen Aufbruch. Es gelte, Fesseln zu lösen, Anreize zu setzen – weg von Mikrosteuerung hin zu mehr Freiheit. Denn nur starke und wirtschaftlich leistungsfähige Demokratien könnten auf Dauer das Leistungsversprechen von Freiheit, Wohlstand und sozialem Ausgleich gewährleisten.

// Dr. Thomas Schubert/
Christian Schulze



Das Video der Neujahrsansprache finden Sie auf dem Youtube-Kanal des Sächsischen Landtags.



A man in a dark suit and tie stands at a podium with a microphone, holding a small white card. Behind him are four flags on poles: a green and white flag, a red and blue flag, a yellow flag with a black eagle, and a blue and yellow flag. The setting appears to be a formal assembly hall with large windows in the background.

STARTSCHUSS FÜR SACHSENS NEUE STAATSREGIERUNG

110 Tage nach der Landtagswahl ist die Regierungsbildung in Sachsen abgeschlossen. Der wiedergewählte Ministerpräsident Michael Kretschmer berief in der Woche vor Weihnachten sein Kabinett für die kommende Amtszeit. Die Staatsregierung wird von CDU und SPD gebildet, ohne dass die Fraktionen im Landtag über eine eigene Mehrheit verfügen. Erstmals in der neuen Wahlperiode debattierten die Abgeordneten am 18. und 19. Dezember 2024 wieder über Sachthemen in der Aktuellen Stunde. Jede Fraktion hatte die Möglichkeit, auf ein aus ihrer Sicht drängendes Anliegen in der Landespolitik hinzuweisen.



Foto: S. Floss

Dritte Amtszeit für Michael Kretschmer

Landtag wählt den Ministerpräsidenten im zweiten Wahlgang

Wahl des Ministerpräsidenten

Mit der erneuten Wahl Michael Kretschmers (CDU) zum Ministerpräsidenten setzt der Sächsische Landtag auf Kontinuität. Bereits seit 2017 führt Kretschmer das höchste Regierungsamt in Sachsen und wurde 2019 darin bestätigt. Wie vor ihm bereits Kurt Biedenkopf (CDU) und Stanislaw Tillich (CDU) kann er nun seine dritte Amtszeit antreten.

Der Ausgang der Wahl galt zunächst alles andere als sicher. Mit Jörg Urban (AfD) und Matthias Berger (fraktionslos) hatten zwei weitere Abgeordnete ihre Kandidatur erklärt. Auch über die Gestaltung der Wahlstimmzettel gab es anfangs Meinungsverschiedenheiten. Die Fraktion BÜNDNISGRÜNE hatte gefordert,

zusätzlich die Möglichkeit einer Neinstimme zu schaffen. Dies lehnte die Landtagsverwaltung ab. Nach ihrer Auffassung berge die Nein-Option Blockadepotenzial. Der Landtag hingegen habe die verfassungsmäßige Aufgabe,

einen Ministerpräsidenten zu wählen. Wer von den Abgeordneten nicht mit den Wahlvorschlägen einverstanden sei, könne eigene unterbreiten, so die Auffassung des Juristischen Dienstes des Landtags. Die

Mehrheit im Parlament folgte dieser Auffassung und lehnte den Geschäftsordnungsantrag der BÜNDNISGRÜNEN ab.

Für den ersten Wahlgang sieht die sächsische Verfassung vor, dass der Ministerpräsident mit mehr als der Hälfte der Stimmen aller Landtagsmitglieder gewählt werden muss. Bei insgesamt 120 Abgeordneten entspricht das 61 Ja-Stimmen. Da die Koalition aus CDU und SPD selbst nicht über diese erforderliche Mehrheit verfügte, erhielt Michael Kretschmer nur 55 von 120 Stimmen. Für Jörg Urban stimmten 40 Abgeordnete, Matthias Berger erhielt 6 Stim-





Vereidigung des neuen und alten Ministerpräsidenten im Plenarsaal

Fotos: O. Klilig



MICHAEL KRETSCHMER

geboren 1975 in Görlitz, evangelisch, zwei Kinder

- 1991 – 1995 Ausbildung zum Büroinformatiker
- 1997 – 1998 Fachhochschulreife
- 1998 – 2002 Studium Wirtschaftsingenieurwesen an der HTW Dresden
- 1994 – 1999 Stadtrat der kreisfreien Stadt Görlitz
- 2002 – 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 2005 – 2017 Generalsekretär der sächsischen CDU
- 2008 – 2014 Mitglied im Kreistag des Landkreises Görlitz
- seit 2017 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
- seit 2019 Mitglied des Sächsischen Landtags

men. Es gab außerdem 7 ungültige Stimmen und 12 Enthaltungen.

Im anschließenden zweiten Wahlgang reichte die einfache Mehrheit. In diesem entfielen

69 Stimmen auf Michael Kretschmer, Jörg Urban erhielt nur eine Stimme und der fraktionslose Matthias Berger 39. 11 Abgeordnete enthielten sich. Dank der Unterstützung durch

die Opposition erhielt Kretschmer damit die notwendige Mehrheit, um im Amt bestätigt zu werden. Wäre die Wahl gescheitert und der Ministerpräsident nicht bis zum 3. Februar 2025 durch das Parlament gewählt worden, hätte sich der Landtag automatisch aufgelöst.

Vereidigung des Ministerpräsidenten

Unmittelbar nach der Wahl vereidigte Landtagspräsident Alexander Dierks den Ministerpräsidenten. Der neue und alte Regierungschef sprach den Amtseid und bekräftigte ihn mit der Schlussformel »So wahr mir Gott helfe.« Anschließend nahm er die Glückwünsche der Fraktionen und Abgeordneten im Parlament entgegen.

Ansprache Kretschmer

In einer kurzen Ansprache formulierte der wiedergewählte Ministerpräsident sein Ziel, bestmöglich dem Land zu dienen. Diese Wahl und das erreichte Ergebnis seien ein gutes Signal, sagte er. Wenn man zusammen-

halte und über Parteigrenzen hinweg arbeite, könne es gelingen, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Sachsen stünden anstrengende Jahre bevor. Als nächstes müsse der Doppelhaushalt verabschiedet werden. Die neue Regierung werde sich dementsprechend mit Umsicht und Entschlossenheit an die Arbeit machen.

Aufgaben des Ministerpräsidenten

Der Ministerpräsident bestimmt als Regierungschef die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür die Verantwortung. Er leitet die Geschäfte der Staatsregierung und repräsentiert das Land nach außen. Er ernennt und entlässt nicht allein die Staatsminister und Staatssekretäre, sondern auch die Beamten und Richter des Freistaates. Und schließlich verkündet der Ministerpräsident nach abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren und der Gesetzesausfertigung durch den Landtagspräsidenten die in Sachsen geltenden Gesetze.

// Dr. Daniel Thieme

Sachsens neue Staatsregierung

Wer gehört dem neuen Kabinett von Ministerpräsident Kretschmer an?

Der neuen Sächsischen Staatsregierung gehören vier Ministerinnen, sechs Minister und ein Staatssekretär an. Am Morgen des 19. Dezembers erhielten sie ihre Berufungsurkunden aus den Händen des Ministerpräsidenten. Ihre Vereidigung fand am gleichen Tag zu Beginn der 5. Plenarsitzung im Sächsischen Landtag statt.



Fotos: P. Sosnowski



PETRA KÖPPING (SPD)
stellv. Ministerpräsidentin,
Staatsministerin für Soziales,
Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

1958 in Nordhausen geboren,
drei Kinder

- Studium der Staats- und Rechtswissenschaften
- 1989 bis 1990 und 1994 bis 2001 Bürgermeisterin von Großpösna
- 1990 bis 1994 Außendienstmitarbeiterin der Deutschen Angestellten-Krankenkasse
- 2001 bis 2008 Landrätin des Landkreises Leipzig
- von 2009 bis 2020 und seit 2024 Mitglied des Sächsischen Landtags
- 2014 bis 2019 Staatsministerin für Gleichstellung und Integration im Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
- seit 2019 Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

PROF. CONSTANZE GEIERT (CDU)
Staatsministerin für Justiz

1976 in Dresden geboren,
zwei Kinder, katholisch

- 1995 bis 2000 Studium der Rechtswissenschaften und Europäischen Integration in Dresden, anschl. juristisches Referendariat
- 2003 bis 2020 Tätigkeit als Rechtsanwältin
- 2012 bis 2019 Geschäftsführerin Sachbuchverlag Medien & Recht
- seit 2016 zunächst Lehrbeauftragte, ab 2019 Professorin an der Fachhochschule der Verwaltung in Meißen
- seit 2020 stellvertretendes nichtberufsrichterliches Mitglied des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs

CONRAD CLEMENS (CDU)
Staatsminister für Kultus

1983 in Schönebeck
an der Elbe geboren, evangelisch

- 2002 bis 2007 Studium der Internationalen Betriebswirtschaft in Frankfurt/Oder und Maastricht, anschl. Master-Studium in Kanada
- 2013 bis 2014 Büroleiter im Deutschen Bundestag
- 2014 bis 2018 Bundesgeschäftsführer der Jungen Union
- 2018 bis 2019 Landesgeschäftsführer der CDU Sachsen
- 2019 bis 2024 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund
- 2024 Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien und Chef der Staatskanzlei
- seit Oktober 2024 Mitglied des Sächsischen Landtags

BARBARA KLEPSCH (CDU)
Staatsministerin für
Kultur und Tourismus

1965 in Annaberg-Buchholz geboren,
ein Kind, katholisch

- Studium der Verwaltungs- und Betriebswirtschaft
- 1988 bis 1993 Finanzleiterin in einem Kreiskrankenhaus
- 1993 bis 2001 Kämmerin bei der Stadt Annaberg-Buchholz
- 2001 bis 2014 Oberbürgermeisterin von Annaberg-Buchholz
- 2014 bis 2019 Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz
- seit Oktober 2019 Mitglied des Sächsischen Landtags
- seit 2019 Staatsministerin für Kultur und Tourismus



ARMIN SCHUSTER (CDU)
Staatsminister des Innern

1961 in Andernach am Rhein geboren, ein Kind, katholisch

- 1980 bis 1983 Studium an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Köln/Lübeck
- 1983 bis 2009 Verwendung im gehobenen, später höheren Polizeivollzugsdienst, zuletzt Leiter des Bundespolizeiamtes Weil am Rhein
- 2009 bis 2020 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 2020 bis 2022 Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
- seit April 2022 Staatsminister des Innern



GEORG-LUDWIG VON BREITENBUCH (CDU)
Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft

1971 in Göttingen geboren, sechs Kinder, evangelisch

- 1990 bis 1992 Zeitsoldat, Leutnant der Reserve
- 1992 bis 1994 landwirtschaftliche Lehrausbildung
- 1994 bis 1999 Studium Volkswirtschaftslehre in Berlin und Dresden, abgeschlossen als Diplom-Volkswirt
- seit 1998 Führung des eigenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, seit 2004 Vorstand der Agrargenossenschaft e.G. Kohrener Land
- seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags



Foto: R. Bonn

SEBASTIAN GEMKOW (CDU)
Staatsminister für Wissenschaft

1978 in Leipzig geboren, vier Kinder, evangelisch

- 1998 bis 2004 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Leipzig, Hamburg und Berlin, anschl. juristisches Referendariat
- 2006 bis 2014 Tätigkeit als Rechtsanwalt
- seit September 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags
- 2014 bis 2019 Sächsischer Staatsminister für Justiz
- seit 2019 Staatsminister für Wissenschaft



Foto: B. Gierig

DR. ANDREAS HANDSCHUH (CDU)
Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten als Mitglied der Staatsregierung

1973 in Zschopau geboren, drei Kinder, evangelisch

- Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Mineralogie in Leipzig
- 1999 Zweites juristisches Staatsexamen
- 2007 bis 2016 Kanzler der Technischen Universität Bergakademie Freiberg
- 2016 bis 2022 Kanzler der Technischen Universität Dresden
- 2022 bis 2024 Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

// Redaktion



CHRISTIAN PIWARZ (CDU)
Staatsminister der Finanzen

1975 in Dresden geboren, drei Kinder, evangelisch

- 1995 bis 2001 Studium der Rechtswissenschaften an der TU Dresden, anschl. juristisches Referendariat
- seit 2004 als selbstständiger Rechtsanwalt zugelassen
- 2005 bis 2006 Referent in der Sächsischen Staatskanzlei
- seit 2006 Mitglied des Sächsischen Landtags
- 2017 bis 2024 Staatsminister für Kultur



REGINA KRAUSHAAR (CDU)
Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung

1964 in Dohna geboren, zwei Kinder, evangelisch

- Studium mit einem Abschluss in Physiotherapie sowie Studium der Sozialpädagogik in Dresden
- 1999 bis 2006 Landesgeschäftsführerin beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in Sachsen
- 2017 bis 2020 Staatssekretärin im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
- 2020 bis 2024 Präsidentin der Landesdirektion Sachsen



DIRK PANTER (SPD)
Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

1974 in Achem geboren, zwei Kinder

- 1995 bis 2000 Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften in Leipzig, Utrecht und Paris
- 2000 bis 2006 Analyst und Associate bei JPMorgan Chase
- 2006 bis 2009 Landesgeschäftsführer der SPD Sachsen
- seit September 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags
- 2014 bis 2024 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Verschlaufpause für die Kommunen

CDU will Rückkehr zu einer geordneten Migrationspolitik

Die erste Aktuelle Debatte der 4. Plenarsitzung am 18. Dezember 2024 hatte die CDU-Fraktion beantragt. Unter dem Titel »Humanität und Ordnung: Irreguläre Migration begrenzen, Integration unterstützen.« bekannte sie sich zum Grundrecht auf Asyl, forderte aber zugleich ein klares Zurückweisen nicht schutzbedürftiger Menschen. Tom Unger (CDU) warb für eine Migrationspolitik, die die Kommunen nicht überfordert. Seiner Ansicht nach sei die maximale Aufnahmefähigkeit der Landkreise und Kommunen erreicht. Man könne Geflüchtete nur bis zu einer gewissen Kapazität angemessen unterbringen und später auch ausreichend integrieren. Der Staat habe die Aufgabe, Freiheit und Sicherheit gleichermaßen zu gewährleisten. Sebastian Wippel (AfD) warf der CDU vor, ihre Versprechen aus der zurückliegenden Wahl nicht einzuhalten. Die Partei habe damals gefordert, stationäre Grenzkontrollen einzuführen und Asylver-

fahren außerhalb der Europäischen Union auf den Weg zu bringen. Wenn man sich aber den Koalitionsvertrag anschau, dann bleibe alles wie es ist. Bernd Rudolph (BSW) zeigte sich überzeugt, dass man den Menschen am besten helfen könne, indem man die Fluchtursachen bekämpfe und sich für Frieden in der Welt einsetze. SPD und BÜNDNISGRÜNE waren sich darin einig, dass die Aufnahmebedingungen verbessert werden müssen. Es brauche schnellere Arbeitserlaubnisse und Berufsanerkennungen. Flüchtlinge sollten schneller in Ausbildung oder Arbeit kommen, ihre Versorgung und Unterbringung müsse sich verbessern und es brauche mehr Bildungs- und Integrationsangebote. Die Linke warf der CDU in der Frage zu den als sicher geltenden Herkunftsländern Heuchelei vor. Die Partei fordere, Menschen in Länder abzuschieben, in die ihre eigenen Politiker selbst niemals einen Fuß setzen würden. In der Migrationspolitik



Tom Unger

Foto: O. Killig

müsse die aus den Fugen geratene Ordnung wieder zurückgewonnen werden. Es brauche eine größere Verschlaufpause, so Armin Schuster (CDU), der einen Tag später erneut zum Innenminister ernannt wurde. Dies werde die entscheidende Aufgabe der neuen Bundesregierung sein.

Rückkehr zu alter Wettbewerbsfähigkeit

AfD fordert Wege aus der Wirtschaftskrise

Die zweite Aktuelle Debatte hatte die AfD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt. Ihr Thema lautete: »Advent, Advent, die Wirtschaft brennt! Wie viel Regierungsversagen hält unsere Wirtschaft noch aus?«. Als erster Redner erinnerte Jan-Oliver Zwerg (AfD) an die Stellenstreichungen bei führenden deutschen Konzernen, Produktionsstopps in Stahlwerken oder die Dauerkrise in der chemischen Industrie. Einer der Hauptgründe sei für ihn die teure Energie. Daran müsse sich etwas ändern. Seitens der CDU sah man es ähnlich. Die Energie- und Rohstoffkosten müssten sinken, ebenso die Stromsteuern und Netzentgelte. Nur dann könnten die Wirtschaftsstandorte Deutschland bzw. Sachsen wieder an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Ralf Böhme (BSW) gab beim Thema Bürokratieabbau zu bedenken, dass dieser zwar von allen Seiten befürwortet werde, die bisher im Landtag vertretenen Parteien aber an dessen maßlosen Ausbau beteiligt gewesen seien. Gemeinsam mit dem BSW



Jan-Oliver Zwerg

Foto: O. Killig

könne es gelingen, alte Verkrustungen aufzubrechen und den Unternehmen in Sachsen wieder mehr Freiraum zu schaffen. Die SPD-Fraktion machte sich in der Debatte unter anderem für strategische Investitionen stark. Ohne sie wären Unternehmensansiedlungen wie die des Mikrochipproduzenten TSMC in der Vergangenheit nicht möglich

gewesen. Für weitere Investitionen müsse die Schuldenbremse reformiert werden. Dem Argument schloss sich Die Linke an. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft bräuchte Deutschland pro Jahr 60 Milliarden Euro, um die Infrastruktur zu modernisieren. Privatwirtschaftlich lasse sich dies nicht realisieren. Die aktuelle Situation dürfe nicht schlechtergeredet werden, als sie in Wahrheit sei, hieß es hingegen von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE. Deutschland könne wirtschaftlich zuversichtlich bleiben, weil es ein starkes Industrieland sei, innovative Hochschulen und in vielen Wirtschaftsbereichen die Technologieführerschaft habe. Der scheidende Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) gab zu, dass die sächsischen Unternehmen in einer schwierigen Lage seien. Es sei aber zu einfach, der Regierung die Schuld zu geben. Zur Wahrheit gehöre auch, dass zu lange auf preiswerte Energie aus Russland gesetzt worden sei.

// Dr. Daniel Thieme

Wachsende Unzufriedenheit

BSW sieht Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre gescheitert

In der dritten Aktuellen Debatte »Sachsens Wirtschaftsstandort stärken – Arbeitsplatzabbau verhindern!« stand noch einmal die Wirtschaftspolitik auf der Tagesordnung, diesmal beantragt von der BSW-Fraktion. Zuerst ergriff Sabine Zimmermann (BSW) das Wort. Mit dem Fingerzeig Richtung Berlin urteilte sie, dass die gescheiterte Ampelregierung dem Land eine tiefe Wirtschaftskrise beschert habe. Die Menschen in Sachsen seien verunsichert, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bangten um ihre Arbeitsplätze. Ihre Unzufriedenheit steige weiter an. In der CDU-Fraktion stimmte man der Problembeschreibung zu, beschwor allerdings einen anderen Lösungsweg. Die Politik könne nur die richtigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen, weiter solle sie sich nicht aktiv einmischen. Unternehmer müssten ihrer Tätigkeit in Freiheit und Verantwortung nachgehen können. Die AfD-Fraktion forderte, in der aktuellen Situation jenen Betrieben beizustehen, die in Schieflage seien. Sie benötigten konkrete Hilfe und nicht nur

irgendwelche Ideen. Hennig Homann (SPD) sprach sich dafür aus, noch mehr in Zukunftstechnologien zu investieren. Dafür sollten Unternehmen und Beschäftigte auf Augenhöhe verhandeln. Die Sozialpartnerschaft habe Deutschland stark gemacht. Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE) argumentierte in Bezug auf den Debattentitel,

dass die Arbeitslosenquote weiterhin relativ stabil sei und Deutschland gleichzeitig die höchste Beschäftigungsquote der Geschichte aufweise. Für viele Unternehmen sei es immer noch bittere Realität, dass sie händeringend nach Mitarbeitenden suchten. Die Linke erneuerte ihr Bekenntnis zu erneuerbaren Energien. Am Energiemarkt dürften sich nicht nur die Großen bedienen. Stattdessen sollten sich genossenschaftliche und öffentliche Strukturen am Gemeinwohl orientieren. Benötigt würden Stromspeicher an strategischen Orten, um einer Dunkelflaute vorzubeugen. Staatsminister Martin Dulig (SPD) sah hingegen hauptsächlich das Positive. Sachsen habe sich über viele Jahrzehnte wirtschaftlich stark entwickelt. Zahlreiche Arbeitsplätze konnten geschaffen und gesichert werden. Auch in der aktuellen Situation könne man daher weiter zuversichtlich nach vorn schauen.

Sabine Zimmermann



Niemand soll durchs Netz rutschen

SPD für Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit

Am darauffolgenden Plenartag, nach der Vereidigung der neuen Staatsregierung, setzte zuerst die SPD-Fraktion das Thema der Aktuellen Debatte. Unter dem Titel »Unser Schutzschirm für Sachsen: Kinder und Jugendliche nicht im Regen stehen lassen,

Familien entlasten.« forderte die Fraktion, schnell einen Haushalt auf den Weg zu bringen, um Strukturen im Sozialbereich zu erhalten. Was aufgrund fehlender Finanzierung verloren gehe, lasse sich kaum wieder zurückholen, so Laura Stellbrink (SPD). Die CDU-Fraktion verwies ebenfalls auf den kommenden Landeshaushalt. Prioritäten müssten mit Maß und Mitte sowie mit dem Herzen an der richtigen Stelle gesetzt werden. Auch das BSW befand, dass Kinder- und Jugendhilfe nichts sei, das je nach Kasenslage mal mehr oder mal weniger Mittel erhalten dürfe. Die Wirkung der Jugendarbeit sei durch Studien belegt, sie müsse daher auch verlässlich finanziert werden. Doreen Schwietzer (AfD) warf der SPD Scheinheiligkeit vor. Schließlich hätte sie in den vergangenen fünf Regierungsjahren genug Zeit gehabt, in diesem Bereich mehr zu unternehmen. Neben den Sorgen der Kinder dürfe man auch die der Eltern nicht

aus dem Blick verlieren. Finanzielle, berufliche oder soziale Nöte seien häufig die Ursache für familiäre Konflikte. Die BÜNDNISGRÜNEN stellten sich ebenfalls hinter die Forderung der SPD. Ihr Fraktionsmitglied Christin Melcher sagte, man werde die neue Regierung beim Wort nehmen. Wohlwollende Versprechungen würden nicht reichen, wenn ein Kahlschlag im sozialen Bereich drohe. Die Linke warnte ebenfalls vor zu großen Erwartungen. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Sachsen bleibe in dieser Frage zu unkonkret. Sozialministerin Petra Köpping (SPD) befand indes, es gehe nicht immer nur ums Geld. Kinder, Jugendliche und Familien bräuchten auch Wertschätzung. Dies zeigten viele Besuche vor Ort.

Laura Stellbrink



AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

YouTube-Kanal des
Sächsischen Landtags:
www.youtube.com/c/saechsischerlandtag01

// Dr. Daniel Thieme

Entschlossen gegen häusliche Gewalt

BÜNDNISGRÜNE fordern mehr Schutz für Frauen

Mit dem von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE beantragten Thema »Erneuter Höchststand bei Gewalt gegen Frauen – Rechtsanspruch auf Schutz jetzt, Landesfinanzierung sichern« befasste sich der Sächsische Landtag ebenfalls in der 5. Plenarsitzung am 19. Dezember. Katja Meier (BÜNDNISGRÜNE) verwies auf die Polizeiliche Kriminalstatistik, nach der sich im Jahr 2023 in Sachsen fast 10 000 Fälle häuslicher Gewalt ereignet hätten. Es sei eine gesamtgesellschaftliche und überparteiliche Aufgabe, dagegen entschlossen vorzugehen. In Sachsen würden nach internationalen Vorgaben über 400 Familienplätze in Schutzeinrichtungen benötigt. Doreen Voigt (BSW) unterstrich diese Forderung. Es müsse möglich sein, bedarfsgerecht ausreichend Plätze in Schutzhäusern vorzuhalten. Notfalls müssten Hotelzimmer oder andere möblierte Unterkünfte angemietet werden. Auch die



Katja Meier

Fraktionen von Die Linke und SPD pochten auf eine ausreichende Finanzierung des Opferschutzes. Die Strukturen seien in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut worden, doch es fehle an langfristiger Sicherheit. Es müsse verhindert werden, dass die

Gelder mit dem nächsten Doppelhaushalt wieder verschwinden oder abgeschmolzen würden. Die CDU-Fraktion forderte in der Debatte zusätzlich härtere Strafen für Vergewaltigungen und häusliche Gewalt. Außerdem sollten die Täter eine verpflichtende Beratung wahrnehmen. Die AfD-Fraktion gab zu bedenken, dass der Anstieg für sexuelle und häusliche Gewalt darin zu suchen sei, dass Menschen aus patriarchalischen Gesellschaften nach Deutschland einwanderten. Betroffen seien aber auch diejenigen, die in prekären Situationen lebten. Die neue sächsische Justizministerin Prof. Constanze Geiert (CDU) versprach, dass der Freistaat weiter konsequent gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt vorgehen werde. Er sei in der Verantwortung, die Rechte der Frauen auf Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten.

Schutz vor unbezahlbaren Mieten

Die Linke setzt sich für den Erhalt des Mietendeckels ein



Juliane Nagel

Die Linke komplettierte den Reigen der Aktuellen Debatten. In der 5. Sitzung des Sächsischen Landtags am 19. Dezember 2024 debattierte das Parlament auf ihren Antrag hin zum Thema: »Mieten wirksam deckeln und Mietpreisbremse anziehen!« Juliane Nagel (Die Linke) erklärte, dass die Angebotsmieten in den letzten zehn Jahren in Leipzig um über 55 Prozent und in Dresden um 25 Prozent gestiegen seien. Wohnen

dürfe aber nicht arm machen, der Anstieg habe sich von der Lohnentwicklung längst abgekoppelt. Ganz ähnlich klang Thomas Löser von den BÜNDNISGRÜNEN. Er zeigte sich überzeugt, dass die Mietpreisbremse insgesamt eine preisdämpfende Wirkung habe und über kurz oder lang allen Mietern helfe. Sie schütze vor unkalkulierbaren Kostenanstiegen und erlaube es Menschen, in ihrem sozialen Umfeld wohnen zu bleiben. Auch die SPD verteidigte die bestehende Mietpreisdeckelung. Solange es nicht ausreichend bezahlbare Wohnungen gebe, müsse man Zeit gewinnen. Dafür brauche es weiterhin Mieterschutzmaßnahmen wie die Mietpreisbremse. Die Investitionsfähigkeit der Unternehmen dürfe darunter allerdings nicht leiden. Aus Sicht seiner Fraktion sei das Einzige, was gegen Mietenanstieg langfristig helfe, der Wohnungsbau, beteuerte Oliver Fritzsche (CDU). Die Krise werde sich ansonsten immer weiter verschärfen. Auch die AfD forderte mehr Tempo beim Wohnungsbau, unter anderem durch weniger Bürokratie. Schuld an den steigenden

Mieten hätten außerdem die CO₂-Bepreisung für Beton, das klimaneutrale Bauen, die gestiegenen Grunderwerbsteuern sowie die illegale Migration. So konkret wurde Uta Knebel (BSW) nicht. Sie verlangte aber, die Mietpreisobergrenze zunächst auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Anschließend solle entschieden werden, ob sie über den 31. Dezember 2025 hinaus bestehen bleibe.

// Dr. Daniel Thieme

Trauer um frühere Abgeordnete

Am 9. November 2024 starb **Dr. Edith Franke**. Als Mitglied der Fraktion Die Linke gehörte sie von 2009 bis 2014 dem Landtag an. In dieser Zeit war sie zudem Alterspräsidentin.

Dr. Dieter Rudolf starb am 16. November 2024. Er gehörte der SPD-Fraktion während der 1. Wahlperiode von 1990 bis 1994 an und wirkte in dieser Zeit als Erster Vizepräsident.

Am 1. Dezember 2024 verstarb **Dr. Helmut Münch**. Von 1990 bis 2004 gehörte er der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag an und war viele Jahre ihr stellvertretender Vorsitzender.



Foto: S. Floss

Erkenntnisse für die Zukunft gesucht

Landtag beschließt Enquetekommission zur Coronapandemie

Vor rund drei Monaten hatte der Sächsische Landtag einen Corona-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Fraktionen von CDU und SPD kündigten damals an, zum gleichen Thema außerdem eine Enquetekommission ins Leben rufen zu wollen. Dem Ansinnen stimmte das Parlament am 19. Dezember 2024 nahezu einstimmig zu.

Besserer Schutz medizinischer Einrichtungen

Iris Firmenich (CDU) umriss als erste Rednerin jene Bereiche, auf die sich die beantragte Enquetekommission konzentrieren werde. Beabsichtigt sei, nicht nur die Vergangenheit aufzuarbeiten. Vielmehr sollten Erkenntnisse für die Zukunft gewonnen werden. Es gehe beispielsweise um die Frage, wie medizinische Einrichtungen vorbereitet oder Menschen mit Vorerkrankungen besser geschützt werden könnten.

Auch Simone Lang (SPD) erklärte das Anliegen der Koalition, die getroffenen Coronamaßnahmen zwischen 2020 bis 2023 wissenschaftlich aufzuarbeiten. Anschließend könne es konkrete Empfehlungen geben. Es müsse darum gehen, die Gesundheitsversorgung resilienter und reaktionsschneller zu gestalten. Die Kommunikation mit den Bürgern in Krisenzeiten könne ebenfalls verbessert werden.

Versöhnen und Verzeihen notwendig

Der Koalition gehe es mit der Enquetekommission vor allem darum, ihr Handeln

nachträglich zu legalisieren. Eine angemessene Aufarbeitung könne sie nicht leisten, warf Thomas Prantl (AfD) ein. Es sei ohnehin fraglich, wie ernst es Staatsministerin Petra Köpping damit meine. Was in der Coronazeit falsch gelaufen sei, dürfe sich nicht wiederholen. Ein erster Schritt zur Versöhnung sei es, die Bürger um Verzeihung zu bitten.

Grundrechte dürften auch in Krisenzeiten nicht geopfert werden, mahnte Ines Biebrach (BSW). Diese sollten die Bürger gerade dann vor übermäßigen Eingriffen des Staates schützen. Doch während der Coronapandemie sei dies nicht passiert. Man habe Kritiker diffamiert und ein Klima der Spaltung erzeugt. Dies wirke bis heute nach. Die Enquetekommission sei dennoch wichtig, um eine ähnliche Situation zu vermeiden.

Aktive Fehlerkultur gewünscht

Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE) lobte den Entschluss, die Enquetekommission einzusetzen. Eine einseitige Schuldzuweisung lehne er allerdings ab. Eine Demokratie brauche vielmehr eine aktive Fehlerkultur

und müsse in der Lage sein, Entscheidungen kritisch zu hinterfragen. Alle Abgeordneten stünden in dieser Verantwortung. Das Thema dürfe nicht in der politischen Versenkung verschwinden.

Susanne Schaper (Die Linke) sagte, die Coronapandemie sei mehr als eine Gesundheitskrise gewesen. Das Vermögen der Milliardäre habe sich vermehrt, während gleichzeitig die Armut gewachsen sei. Anders als bei einem Untersuchungsausschuss verspreche die Enquetekommission zukunftsorientierten Erkenntnisgewinn. Das Format ermögliche eine öffentlichkeitswirksame Aufarbeitung.

Die Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping (SPD), unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit einer Enquetekommission. Auch im Bundestag sei eine Aufarbeitung notwendig. Für Sachsen können sie sagen, dass die Staatsregierung alle Beschlüsse gemeinsam gefasst habe. Bei keiner einzigen der 63 Verordnungen habe sie dies leichtfertig getan.

// Dr. Daniel Thieme

AKTUELLE GESETZGEBUNG

TITEL | EINBRINGER | AUSSCHUSS

ERLÄUTERUNG

STATUS

Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP)
8/62 | Staatsregierung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Mit der Änderung des IMPP-Staatsvertrags sollen die Aufgabengebiete und Arbeitsumfänge des IMPP aufgrund geänderten Bundesrechts nachgezogen werden. Das Zustimmungsgesetz überführt den Staatsvertrag in Landesrecht.



Gesetz zur Einführung eines Gedenktages zum Tag der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg am 8. Mai 1945
8/652 | Die Linke
Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit keine Zeitzeugen der NS-Vergangenheit mehr berichten können, soll ein Gedenktag etabliert werden für das kollektive Gedächtnis in Sachsen und darüber hinaus.



✓ angenommen ✗ abgelehnt ● zur Beratung und Anhörung in den Fachausschüssen



Nähere Informationen unter <https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster

Aktuelle Gesetzgebung in Zeiten des Legislaturwechsels

Während die Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung in der Ausgabe vor der parlamentarischen Sommerpause (Landtagskurier 4/2024) ausnahmsweise ganze zwei Seiten füllte, war diese Rubrik in den beiden vergangenen Ausgaben sogar entfallen. Inzwischen gibt es die oben aufgeführten ersten Neueingänge seit der Konstituierung des neuen Landtags. Wir nutzen die Gelegenheit und beleuchten die Bedingungen der Gesetzgebung im Wahlperiodenwechsel.

Die Tätigkeit des 7. Sächsischen Landtags endete nicht etwa mit Beginn der parlamentarischen Sommerpause. Es begann lediglich die sitzungsfreie Zeit und die Abgeordneten fokussierten sich auf den Wahlkampf. Auch die Landtagswahl am 1. September 2024 sowie die amtlich festgestellten Wahlergebnisse

ließen das Mandat der Abgeordneten zunächst unangetastet. Denn die Verfassung des Freistaates Sachsen regelt, dass eine Wahlperiode erst mit dem Zusammentritt eines neuen Landtags endet. Damit ist sichergestellt, dass jederzeit ein handlungsfähiger Landtag existiert, der auch Gesetze

beraten und erlassen könnte. So waren die Abgeordneten des 7. Sächsischen Landtags nochmals am 26. September 2024 zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Wenige Tage später, am 1. Oktober 2024, konstituierte sich bereits der 8. Sächsische Landtag.

In den ersten Monaten nach Konstituierung gab es noch keine Fachausschüsse. Bis sie gebildet waren, behandelte der Hauptausschuss Haushalts- und Finanz- sowie Immunitätsangelegenheiten (ausführlich im Landtagskurier 7/2024). Zudem konnte er mit zeitweise anderen dringlichen Angelegenheiten befasst werden, beispielsweise dem oben aufgeführten

Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zur Einführung eines Gedenktages am 8. Mai.

Mit unerledigten Gesetzentwürfen der vergangenen Legislatur kann sich der neue Landtag allerdings nicht weiter befassen. Selbst wenn er wollte, verhindert dies das in der Geschäftsordnung geregelte Prinzip der sachlichen Diskontinuität. Danach gelten am Ende der Wahlperiode alle noch offenen Vorlagen als erledigt. Alte Gesetzesvorhaben, die nicht abschließend behandelt wurden, müssten bei Bedarf neu in den 8. Sächsischen Landtag eingebracht werden.

// Rüdiger Soster



Minderheitsregierungen – Ausnahme im deutschen Parlamentarismus

Neben Thüringen verfügt seit Dezember 2024 auch der Freistaat Sachsen über eine Regierungskoalition ohne eigene Mehrheit im Parlament. Was für Sachsen ein Novum ist, wurde in anderen Bundesländern bereits erprobt und ist in einigen europäischen Ländern sogar eine übliche Form des Regierens.

In der bundesdeutschen Demokratie sind neben Einparteiensregierungen vor allem Koalitionen aus mindestens zwei politischen Parteien die übliche Form der Regierung. Geht es doch in erster Linie um eine berechenbare Mehrheit im Parlament. Eher selten trifft man auf Minderheitsregierungen.* Sie zeichnet stets aus, dass sie für ihre Vorhaben mehr Stimmen im Parlament benötigen, als sie selbst haben. Wie stark die damit verbundene Unsicherheit ist, hängt davon ab, ob eine Minderheitsregierung im Parlament gestützt wird oder lediglich geduldet bzw. toleriert ist. Bei einem Stützmodell kommt es zu einem koalitionsähnlichen Abkommen mit einer oder mehrerer Oppositions-

fraktionen, bei Duldungs- bzw. Tolerierungsmodellen ist die Regierung gezwungen, immer aufs Neue parlamentarische Mehrheiten zu bilden.

Der Blick über den Tellerrand

Minderheitsregierungen kommen in den deutschen Bundesländern durchaus vor. Man denke etwa an die bewusst gebildeten Minderheitsregierungen 1994 bis 2002 in Sachsen-Anhalt oder 2010 bis 2012 in Nordrhein-Westfalen. Von 1946 bis heute liegt der Anteil an Minderheitsregierungen in den Bundesländern dennoch nur bei unter 4 Prozent. Es handelt sich also um die große Ausnahme, meist um die Notlösung. Noch viel mehr gilt das für die Bundesebene, wo die bislang vier Kurzzeit-Minderheitsregierungen stets »unvollständige Koalitionen« waren, also zerbrochene Bündnisse (wie zuletzt 2024 die Ampel-

koalition). Anders verhält es sich in einigen europäischen Ländern. Insbesondere in Skandinavien ist die Minderheitsregierung eher der Regelfall.

Vor- und Nachteile

Für eine Minderheitsregierung spricht, dass ein solches Modell etwaige Blockaden zwischen politischen Lagern auflösen kann. Zudem kommt es im Idealfall zu einer Aufwertung des Parlaments. Regierungschefs müssen sich mit politischen Vorschlägen verstärkt um die Abgeordneten bemühen, Parteiloyalität und Fraktionsloyalität treten im Gegenzug etwas in den Hintergrund. Eine parlamentarische Repolitisierung ist die Folge, in der auch Mehrheiten zum Vorschein kommen können, die sonst verdeckt werden.

Dagegen spricht eine höhere Instabilität, da in der parlamentarischen Funktionslogik die Oppositionsparteien danach

streben, die Regierung abzulösen. Hinzu kommen die negativen Erfahrungen mit Minderheitsregierungen in der Weimarer Republik. In der politischen Kultur Deutschlands ist die Akzeptanz der Mehrheitsregel daher tief verankert. Es dominiert nicht zu Unrecht die Vorstellung, nur eine Mehrheitsregierung könne ihre Politik effektiv durchsetzen, während Minderheitsregierungen sich ihre Entscheidungen bei der Opposition »zusammenbetteln« müssten.

Zentral ist deshalb: Minderheitsregierungen benötigen neben einer großen Kompromissbereitschaft der Regierung eine ausgeprägte Kooperationsbereitschaft auf Seiten der Opposition. Existiert diese nicht, sind sie weithin handlungsunfähig. Besteht der Wille zur Zusammenarbeit und vermag sich keine alternative Regierungskoalition zu bilden, dann kann ein solches Modell stabil sein.

// Dr. Thomas Schubert

* Vgl. etwa Stephan Klecha: Minderheitsregierungen in Deutschland, Hannover 2010; Gerd Strohmeier: Minderheitsregierungen in Deutschland auf Bundesebene – Krise oder Chance? Ergebnisse eines internationalen Vergleichs, in: Zeitschrift für Politik 56 (2009) 3, S. 260–283.



Foto: S. Floss

Unabhängige Schnittstelle zwischen Medien und Politik

Vorgestellt: Die Landespressekonferenz Sachsen

Seit Jahrzehnten bietet die Landespressekonferenz Sachsen, kurz LPK, ein wichtiges Podium an der Schnittstelle zwischen Politik und Medien im Freistaat. Sie hat ihren Sitz im Sächsischen Landtag, wo sie über ein eigenes Pressezentrum verfügt und regelmäßig zu Pressekonferenzen einlädt. Die LPK ist ein unabhängiger Verein mit dem Ziel, den Informationsaustausch mit dem Parlament und seinen Fraktionen, der Staatsregierung, Parteien, Verbänden und öffentlichen Institutionen zu unterstützen.

»Die LPK versucht, die Unabhängigkeit und Gleichbehandlung der Medien gegenüber der Landespolitik abzusichern«, erläutert Tino Moritz, seit 2022 Vorsitzender des Vereins. »Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder, vermitteln in Streitfragen und sind Gastgeber, Ansprechpartner und Organisator für aktuelle Pressetermine und Hintergrundgespräche mit vorwiegend landespolitischem Schwerpunkt.«

Der regelmäßige Informationsaustausch hat eine lange Geschichte: 1991 wurde die LPK als Interessenvertretung der landespolitischen Korrespondentinnen und Korrespondenten aus der Taufe gehoben. Aktuell gehören ihr 75 Mitglie-

der aller relevanten Medien und Sparten (Print, Fernsehen, Hörfunk, Online) an.

Fast jede Woche lädt die LPK zu Pressekonferenzen und -gesprächen ein, die grundsätzlich von einem der LPK-Mitglieder moderiert werden. Dazu gehören feste Termine wie die wöchentliche Kabinettspresskonferenz der Staatsregierung (die aus logistischen Gründen in der Staatskanzlei stattfindet), die Pressekonferenzen der Landtagsfraktionen am Tag vor dem Plenum oder die Wahl-nachlesen der Parteien am Tag nach Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Zudem stellen Institutionen wie der Landesrechnungshof, der Sächsische Ausländerbeauftragte

und viele andere ihre alljährlichen Berichte hier der Öffentlichkeit vor, präsentieren Vereine und Verbände Berichtswertes bzw. führen Mitglieder der Staatsregierung oder Landtags-abgeordnete Pressekonferenzen zu aktuellen Anliegen durch. Bis zu 100 Termine im Jahr kommen da schnell mal zusammen. Besonders voll wird es im Pressezentrum während hoch spannender politischer Geschehnisse, wie zum Abbruch der Sondierungs- bzw. zur Aufnahme der Koalitions-gespräche zur Regierungsbildung in Sachsen.

Außerdem organisiert der Verein alljährlich ein Sommerfest, bei dem Medien und Politik zusammentreffen, und

vergift zu Jahresbeginn die »Tonstörung«, einen Medienpreis für unkommunikative Leistungen, um damit eine zukünftig bessere Zusammenarbeit anzustoßen.

Das Gros der ehrenamtlichen Vereinsarbeit leistet ein fünfköpfiger Vorstand, aktuell: Tino Moritz (Freie Presse), Andrea Schawe (Sächsische Zeitung), Daniela Kahls (MDR Sachsen), Thomas Staudt (Tag24) und Isabelle Sperlich (PSR).

// Katja Ciesluk



Mehr Infos:
www.lpk-sachsen.de



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



Ehrenurkunde

Als Anerkennung und zum Dank
für langjährige, uneigennütige Dienste
für die Gesellschaft und den
sächsischen Zusammenhalt

FEIERLICHER DANK ANS EHRENAMT

Dresden, 7. Dezember 2024

Alexander Dierks
Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags

Das Ehrenamt stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Rund ein Drittel aller Menschen im Freistaat Sachsen engagieren sich in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl. Der Sächsische Landtag und das Sächsische Sozialministerium sagen jedes Jahr bei einigen von ihnen ganz persönlich Danke. Im Plenarsaal werden sie für ihr vorbildhaftes Engagement geehrt.

Dankeschön mit ganz viel Herz

Feierstunde und Empfang für Ehrenamtliche im Plenarsaal

Landtagspräsident Alexander Dierks und Rüdiger Raulfs, Amtschef im Sozialministerium in Vertretung für Staatsministerin Petra Köpping, ehrten am 7. Dezember 2024 rund 60 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Sachsen. Die ebenso anrührenden wie professionellen Laudationes hielten Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Dresden-Bühlau.

Sie schenken Trost, löschen Brände, helfen Menschen mit Fluchthintergrund, engagieren sich für die musikalische Bildung von Kindern oder organisieren Sportveranstaltungen für Jung und Alt: Ehrenamtliche leisten einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft. So wie Eva Elyas. Sie organisiert regelmäßig einen interkulturellen Frauentreff in Dresden, bei dem Frauen in gemütlicher Runde Gelegenheit haben, Kontakte zu knüpfen, Deutsch zu sprechen, sich auszutauschen und gemeinsam zu lachen.

»Worte können scharfe Waffen sein, die das gesellschaftliche Klima vergiften und Mauern errichten, oder sie können eine Brücke zwischen den Kulturen schlagen. Ich finde Brücken viel schöner.« So brachte es Neuntklässlerin Viktoria Sturm in ihrer Laudatio für Eva Elyas auf den Punkt.

Landtagspräsident Alexander Dierks betonte in seiner Ansprache die immense Bedeutung des Ehrenamts für den Freistaat: »Wer im Ehrenamt aktiv ist, zählt zu den Stützen unserer sächsischen Bürgergesellschaft: Sie bringen Zeit, Tatkraft und ganz viel Idealismus mit. Die ehrenamtlich Engagierten meckern nicht, schauen nicht nur zu oder warten auf andere, sondern sie packen an und machen mit – das verdient größten Respekt von uns allen.« Während der Feierstunde ließ er es sich nicht nehmen, mit jeder und jedem der Geehrten einige persönliche Worte zu wechseln.



Fotos: O. Killig

Seit mehreren Jahren begleitet das Gymnasium Dresden-Bühlau die Veranstaltung im Rahmen eines Unterrichtsprojekts. Die Schülerinnen und Schüler lernen die Geehrten im Vorfeld kennen und erarbeiten gemeinsam die Laudationes, die zum Ehrenamtsempfang im Landtag vorgetragen werden. Sie finden dabei Worte der Anerkennung und Wertschätzung, so wie Katja Reuter über Ronny Kämpfe, der seit vielen Jahren als Elternsprecher in Riesa engagiert ist. »Sie befähigen

Kinder dazu, ihre Flügel auszubreiten, ihre Träume zu leben und damit ihr Potenzial für unsere Innovationen von morgen zu entfalten. Dazu gründeten Sie und Ihre Mitstreiter vor zehn Jahren den Verein »Miteinander für die Kids«.

In einem Punkt sind sich an diesem Vormittag voller Herz alle einig: Ohne bürgerschaftliches Engagement funktioniert in unserer Gesellschaft fast nichts. Die Schülerinnen und Schüler brachten übrigens nicht nur tolle Lobreden mit in den Landtag, sondern auch musikalische Grüße. Das Crossover-Ensemble des Gymnasiums umrahmte die Veranstaltung musikalisch.

// Katja Ciesluk

Die Geehrten im Überblick:

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungsfolgeseite-30592-30592.cshtml





Fotos: S. Reichhold

Hindernisse wegräumen und Mut machen

Verleihung des Sächsischen Inklusionspreises 2024

Im Freistaat Sachsen leben rund 800 000 Menschen mit Behinderung, mehr als die Hälfte davon ist schwerbehindert. Damit sie möglichst gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, sind Ideen, Mut und Tatkraft gefragt. Die besten sächsischen Initiativen wurden am 3. Dezember 2024 im Landtag mit dem Inklusionspreis ausgezeichnet.

Barrierefreier Sport

Die Kategorie »Sport« zeichnet Praxisbeispiele für gemeinsames Sporttreiben von Menschen mit und ohne Behinderung sowie vielfältiges und inklusives Vereinsleben aus. Geehrt wurden der Leipziger Tischtennisverein Leutzscher Fuchse 1990, der ATV-Volkmarsdorf 90 e. V. sowie der SV »Einheit« Borna e. V. Alle haben gemeinsam, dass sie Barrieren abgebaut haben, um

Für Landtagspräsident Alexander Dierks ist das Thema Inklusion ein Herzensanliegen. Deshalb hatte er gern die Schirmherrschaft über die Veranstaltung des Landesbeauftragten für Inklusion der Menschen mit Behinderungen, Michael Welsch, übernommen. Zur Preisverleihung kamen rund 250 Gäste in den Plenarsaal des Sächsischen Landtags. Insgesamt hatten sich 86 Vereine um die Auszeichnung beworben. Neun von ihnen konnten sich über eine Auszeichnung freuen. Verteilt auf drei Kategorien erhielten jeweils drei Initiativen ein Preisgeld von 3.000 Euro.



Medienbildung, Tanz und Videospiele

In der Kategorie »So geht sächsisch inklusiv!« erhielt die Volkshochschule Dresden den Inklusionspreis. Das zu ihr gehörende »Netzwerk inklusive politische Bildung« setzt sich unter anderem dafür ein, Menschen mit Lernschwierigkeiten vor Desinformation zu schützen. Der Verein ColumbaPalumbus aus Dresden wurde ausgezeichnet, weil seine künstlerischen

Projekte Menschen mit und ohne Behinderung offenstehen. Die Leipziger Inclusive Gaming GmbH wiederum entwickelt barrierefreie Videospiele und digitale Anwendungen für blinde und sehbehinderte Menschen.

Inklusion im Arbeits- und Wohnalltag

Der Inklusionspreis in der Kategorie »Wohnen und Arbeiten« würdigte Projekte, die inklusive Teilhabe am Arbeitsleben und in der Gemeinschaft verwirklichen. Die Auszeichnung erhielten das Inklusionsunternehmen DieLei gGmbH in Reichenbach/

Vogtland, das sich u. a. auf Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Grünanlagenpflege spezialisiert hat sowie die F.A.I.R.E. Warenhandels eG aus Dresden, ein Großhändler für Weltläden und Fair-Handels-Gruppen. Freuen durfte sich außerdem der Verein »Selbstbestimmtes Leben mit Handicap Görlitz«. Dieser ermöglicht jungen Erwachsenen mit Behinderung, in einer Wohngemeinschaft möglichst selbstständig zu leben.

ihre Sportangebote möglichst vielen zur Verfügung stellen zu können.

Der Sächsische Inklusionspreis wird seit 2014 verliehen. Für die Ehrung kooperierten in diesem Jahr erstmals der Landesinklusionsbeauftragte Michael Welsch, der Kommunale Sozialverband Sachsen sowie der Sächsische Behinderten- und Rehabilitationssportverband miteinander.

// Dr. Daniel Thieme

Tradition, Musik und Genuss

Weihnachtsstimmung zieht durch den Landtag

Erzgebirgischer Glanz: Der Pyramidenanschub

Pünktlich zur Adventszeit erstrahlte das Foyer des Landtags in vorweihnachtlichem Glanz. Am 28. November 2024 versammelten sich zahlreiche Abgeordnete sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als Landtagspräsident Alexander Dierks die erzgebirgische Weihnachtspyramide feierlich »anschob«. Per Knopfdruck

setzte er die 4,5 Meter hohe Konstruktion in Gang. Mit festlichen Klängen setzte ein Bläserquartett des Sächsischen Blasmusikverbandes den musikalischen Rahmen.

Die Pyramide, die von einem Handwerksbetrieb aus Raschau-Markersbach gefertigt wurde, ist seit 2018 das Herzstück der weihnachtlichen Dekoration im Landtag. Mit ihren individuell und kunstvoll gestalteten Figuren, verteilt auf

drei Etagen, ist sie ein beeindruckendes Zeugnis der erzgebirgischen Handwerkskunst – einer Tradition, die weit über die sächsischen Grenzen hinaus bekannt ist.

Von der Westlausitz in den Landtag: Die Weihnachtsbaumübergabe

Ein weiteres Highlight der Adventszeit war die Übergabe

des Weihnachtsbaums im Bürgerfoyer des Neubaus. In diesem Jahr zierte eine prächtige Nordmanntanne aus der Westlausitz das öffentlich zugängliche Foyer. Sie hat der Sächsische Waldbesitzerverband dem Landtag gestiftet. Begleitet von festlicher Musik eines Bläserquartetts, überreichte er ihn in Anwesenheit der 9. Sächsischen Waldkönigin Anne der Ersten.



Foto: O. Killig



Foto: O. Killig

Polizeisportler im Landtag geehrt

Im Plenarsaal des Sächsischen Landtags erhielten am 2. Dezember 2024 insgesamt 48 Polizistinnen und Polizisten eine Auszeichnung. Sie konnten in den Jahren 2022 und 2023 mit besonderen sportlichen Erfolgen bei nationalen und internationalen Wettkämpfen glänzen. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsident Alexander Dierks, begleitet von Armin Schuster, Sächsischer Staatsminister für Inneres und Sport, sowie von Landespolizeipräsident Jörg Kubiessa. Der Landtagspräsident sprach den Geehrten seine Anerkennung aus und lobte ihren herausragenden sportlichen und beruflichen Einsatz.



Foto: Stabsstelle Kommunikation, PolPH

Zielvereinbarungen mit Hochschulen geschlossen

Am 11. Dezember 2024 unterzeichneten die 14 staatlichen Hochschulen sowie die Medizinischen Fakultäten Dresden und Leipzig mit der sächsischen Staatsregierung neue Zielvereinbarungen. Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow sowie die Hochschulrektorinnen und -rektoren einigten sich darin auf klare Ziele für Forschung und Lehre bis ins Jahr 2028. Für den Zeitraum erhalten die Hochschulen 200 Millionen Euro vom Freistaat. Landtagspräsident Alexander Dierks lobte in seiner Begrüßung die langfristige Planbarkeit, die durch die Vereinbarungen entstehe. In der aktuell herausfordernden Zeit sei dies besonders wertvoll.



Foto: SSWWK, Ben Grelig

Broschüre zum 3. Oktober 2024 erschienen

Der Tag der Deutschen Einheit wird im Sächsischen Landtag traditionell mit einem Festakt gewürdigt. Die Reden der Veranstaltung am 3. Oktober 2024 sind nun in einer Broschüre erschienen. Sie kann kostenfrei bestellt werden und enthält unter anderem die Festrede des Präsidenten des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes, Dr. Matthias Grünberg. Darin sorgt sich Grünberg vor einem Akzeptanzverlust in demokratische Institutionen. Er regt den Abbau von Bürokratie an, um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu stärken. Weitere Beiträge der Publikation stammen von Landtagspräsident Alexander Dierks sowie dem früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Martin Dulig (SPD).

Bestellung unter publikation@slt.sachsen.de sowie unter 0351 4935133.



Foto: O. Killig



Foto: S. Floss

Ein süßer Höhepunkt: Stollenanschnitt mit Verkostung

Am 19. Dezember 2024 fand im Altbau des Landtags die traditionelle Präsentation des Erzgebirgischen Stollenverbandes statt. Landtagspräsident Alexander Dierks übernahm den feierlichen Anschnitt des Stollens, bevor alle Anwesenden

die Möglichkeit hatten, die Köstlichkeiten aus drei verschiedenen erzgebirgischen Bäckereien zu probieren. Kinder und Jugendliche des Jugendblasorchesters Brandis trugen mit weihnachtlichen Klängen zur festlichen Atmosphäre bei.

// Magdalena Portack

Foto: SLUB/Deutsche Fotothek / Höhne, Erich & Pohl, Erich



Elise Thümmel, Landtagsmitglied von 1920 bis 1933

Politikerinnen zwischen Etablierung und Zurückdrängung?

Die Rolle von Frauen im sächsischen Landtag während der Weimarer Republik und ihr Schicksal nach 1933

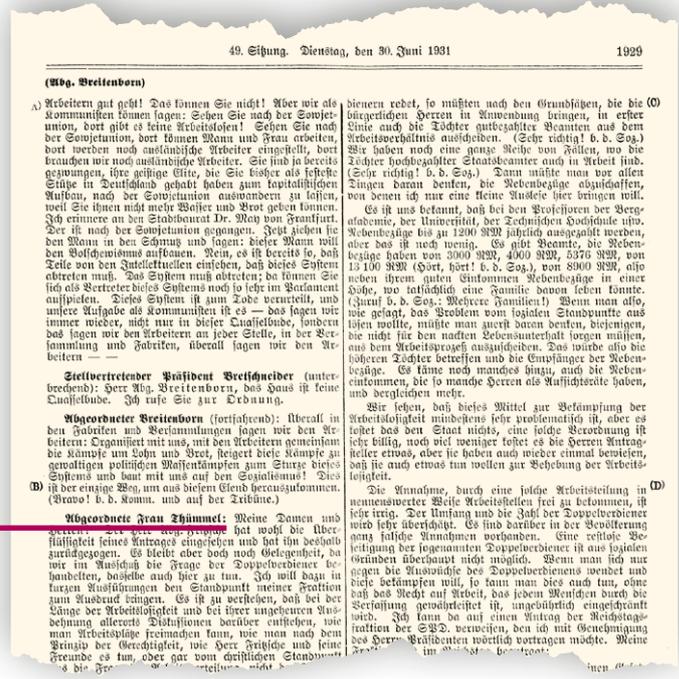
Viele Frauen engagierten sich als Abgeordnete in der Sozialpolitik. Dabei war ihr Themenspektrum wesentlich breiter. Ihr politisches Engagement stieß von Beginn an auf Widerstand und ab den späten 1920er-Jahren wurden sie zunehmend zurückgedrängt.

Die Frauen, die nach 1919 in den sächsischen Landtag einzogen, hatten oft langjährige Erfahrungen im Rahmen ihres gesellschaftlichen Engagements gesammelt – insbesondere, aber eben nicht nur auf sozialem Gebiet, das in der Folge aber zum wichtigsten Themenfeld ihrer Parlamentsarbeit werden sollte. Die Positionen, die sie in diesbezüglichen Debatten vertraten, unterschieden sich jedoch zum Teil fundamental – etwa bei Diskussionen über Reformen im Hebammenwesen, die Einführung unentgeltlicher Geburtshilfe und Fragen zum Schwangerschaftsabbruch. SPD- und KPD-Abgeordnete setzten sich für die Verbeamtung der Hebammen ein, während Doris Hertwig (DVP) und Mily Bültmann (DNVP) als Verfechterinnen der freien Berufe vehement dagegen argumentierten. Ähnliche Konflikte gab es bei den Debatten über die Neugestaltung der Krankenpflegeausbildung: Während Bültmann

die konfessionelle Bindung dieses Berufs verteidigte, forderten Vertreterinnen der Arbeiterparteien die vollständige Entkopplung von religiösen Bezügen. Ein Blick auf die Beteiligung der weiblichen Abgeordneten an den Haushaltsberatungen verdeutlicht ihre politischen Schwerpunkte. Die mit Abstand meisten Wortmeldungen der Parlamentarierinnen – sei es als Berichterstatterinnen der Ausschüsse oder in Debattenbeiträgen – galten der Sozial- und Gesundheitspolitik. Über Jahre hinweg berichteten sie zu den Haushaltskapiteln »Medizinalwesen« bzw. »Medizinalpolizei«, »Landesgesundheitsamt«, »Frauenkliniken« und »Anstalten der öffentlichen Gesundheitspflege«. Im Bereich der Wohlfahrtspflege, in dem 1925 mit dem »Wohlfahrtspflegegesetz« ein wegweisendes Instrument der Sozialfürsorge in Sachsen geschaffen wurde, wirkte besonders Else Ulich-Beil

(DDP), die von 1920 bis 1924 als Regierungsrätin im sächsischen Innenministerium für diesen Bereich zuständig war. Eva Büttner (SPD/ASP) übernahm die Berichterstattung zu den Haushaltskapiteln »Kunstzwecke im Allgemeinen« und »Sammlungen für Kunst und Wissenschaft«; hinzu kamen die Kapitel zum Landes- und

Staatstheater. Doris Hertwig (DVP) widmete sich unter anderem dem Beamtenrecht und der Stellung verheirateter Lehrerinnen, während Julie Salinger (DDP) sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzte – etwa bei Renten- und Arbeitslosengeldzahlungen.



Die langsame Zurückdrängung

Die weiblichen Abgeordneten nahmen innerhalb des Parlaments und ihrer Fraktionen jedoch selten herausgehobene Positionen ein. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass sich mit Helene Wagner (MSPD) 1920 nur ein einziges Mal

Dies spiegelt die zunehmende Polarisierung der politischen Auseinandersetzung und die Erosion der parlamentarischen Kultur wider. Gründe dafür waren der Einzug der NSDAP in den Landtag und das Erstarken der KPD, die sich zunehmend auf den Kampf gegen den »Sozialfaschismus« konzentrierte.

... ist es notwendig, die Aufgabe der Frau zu sprechen, die die Natur ihr vorgegeben habe, wenn man doch die harten Tatsachen nicht aus der Welt hinwegdisputieren kann. Übrigens sind die Ausführungen des Herrn Abg. Voigt noch in anderer Beziehung interessant; wenn er hier und im Ausschuß sagte, es sei die naturgegebene Bestimmung der Frau — dieses ideale Streben, sie wieder in das Haus zurückzuberweisen, wenn man gleich danach hören muß, daß bürgerliche Frauendeputationen bei dem Ministerium vorbrachten, um für ihre entlassenen Geschlechtsgenossinnen einzutreten. Das ist allerdings sehr sonderbar, und die bürgerlichen Frauen mögen sich

das merken und vielleicht bei Herrn Voigt sich einmal erkundigen; denn auch ihre Bestrebungen sind ganz andere als die Ihren, Herr Kollege Voigt. Allerdings sind diese Damen hier im Parlament nicht vertreten; ihr Kampf kann sich nur auf Deputationen bei dem Ministerium beschränken. Wir aber, die wir im Parlament die Möglichkeit haben, für die Rechte der Frauen in der Öffentlichkeit einzutreten, wir benutzen natürlich diese Möglichkeit, wo wir können. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Was käme nun aber bei einer...
...weiblichen Frauen...

Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 5. Wahlperiode 1931. Zweiter Band, S. 1929 (Ausschnitt auf S. 22), 1930 f. (dieser Ausschnitt).

während der Weimarer Republik eine Frau an der Aussprache nach einer Regierungserklärung beteiligte. Als letzte Rednerin der zweitägigen Debatte stellte sie explizit »Frauenforderungen« auf. Grundsatzdebatten, etwa zu Anträgen auf Auflösung des Landtages oder bei Koalitionsverhandlungen, blieben hingegen ausschließlich den Männern vorbehalten. Zudem verringerte sich die Beteiligung der weiblichen Abgeordneten an Plenardebatten im Laufe der Jahre. Obwohl der Anteil von Frauen im Landtag – anders als im Reichstag – nicht so stark zurückging, nahm ihre »Sichtbarkeit« durch selteneres Auftreten im Plenum deutlich ab. Gab es 1921 in 85 Plenarsitzungen noch 60 Redebeiträge von Frauen, so waren es von 1929 bis 1933 nur noch 50 in 160 Sitzungen.

Von fehlendem Respekt bis zu offener Frauenfeindlichkeit

Die politische Betätigung von Frauen stieß sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments nicht auf ungeteilte Zustimmung. So verweigerte der DNVP-Abgeordnete Otto Kretschmar wiederholt die höfliche Anrede als »Damen« und sprach stattdessen von »Frauen«; andere Abgeordneten verwendeten die Anrede »Meine Herren«, selbst wenn Frauen an der Debatte teilnahmen. Eva Büttner wurde mehrfach als Kulturpolitikerin angegriffen, insbesondere für ihre Verteidigung des expressionistischen Dramas »Hinkemann« von Ernst Toller, dessen Uraufführung in Dresden 1924 von Nationalsozialisten gestört worden war. Diese Angriffe erfolgten nicht nur wegen

ihrer politischen Positionen, sondern auch aufgrund ihres Geschlechts. 1922 hieß es im Parteiorgan der sächsischen DVP: »Aus dem kleinen Damenstrauß [...] ragt besonders eine hervor, nämlich Frau Eva Büttner. Ich liebe sie ganz besonders, diese – allerdings etwas sehr reife – Rose, vor allen mehr oder weniger blütenfrischen Vertretern ihres Geschlechts.« Über die Haushaltsverhandlungen 1924 schrieb dasselbe Blatt: »Ihr Stamm hatte das Kriegsbeil ausgegraben, und so trat Frau Eva mit dem Tomahawk in der Hand, mit Kriegsfarben bemalt und mit schön geordneter Skalplocke in die Arena, um gegen die jetzige Kunst an den sächsischen Staatstheatern und für eine eigene Kunst den Zweikampf zu wagen.«

Auch in den Plenarsitzungen kam es zu frauenfeindlichen Zwischenrufen. Im Juni 1931 berichtete Elise Thümmel (USPD/SPD) in einer Debatte von der Haltung des DVP-Abgeordneten Hermann Voigt zur Frauenarbeit: »Wenn er erklärt: ›Die Frau gehört ins Haus, das ist ihre naturgegebene Bestimmung, so wollen wir das wieder haben!«, so muss ich das als eine oberflächliche Betrachtung der Zeitprobleme ansehen.« Im September 1930 erhielt Margarete Nischwitz (KPD) aus der NSDAP-Fraktion den Zwischenruf »Sie sollen beim Kochtopf bleiben!«, nachdem sie kritisiert hatte, dass unter den 107 Reichstagsabgeordneten der NSDAP keine einzige Frau war. Nur zweieinhalb Jahre später wurde diese Haltung zur politischen Realität: Mit dem Untergang der Weimarer Republik endete auch die politische Partizipation von Frauen – nicht nur in Sachsen.

Nach dem Ende des Landtages

Das Ende der Weimarer Demokratie nach gerade einmal 14 Jahren und die unmittelbar nach der »Machtergreifung«

einsetzende Verfolgung von politischen Gegnern zeigt sich auch in den Biografien der ersten weiblichen Landtagsabgeordneten. Viele von ihnen wurden ab 1933 verfolgt, zwei verloren ihr Leben: Helene Glatzer wurde 1935 im Polizeigefängnis in Halle zu Tode gefoltert, Julie Salinger als Jüdin 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie aufgrund der menschenunwürdigen Bedingungen starb. Mehrere Abgeordnete emigrierten: Anna Geyer ging in die USA und verstarb 1976 in Detroit, Martha Seifert floh nach Stockholm, wo sie 1963 starb. Andere Frauen, vor allem Kommunistinnen und Sozialdemokratinnen, wurden inhaftiert, darunter Margarete Groh, Olga Körner, Martha Kühne und Margarete Nischwitz. Auch Eva Büttner wurde als Jüdin verfolgt und überlebte die NS-Zeit in einem Versteck in der Oberlausitz.

Einige der früheren Abgeordneten kehrten nach dem Ende des Nationalsozialismus in die Politik zurück. Olga Körner, Elise Thümmel und Margarete Groh-Kummerlów saßen ab 1946 im Sächsischen Landtag. Margarete Groh-Kummerlów wurde zudem von 1954 bis 1963 Vizepräsidentin der Volkskammer der DDR.

// Dr. Lutz Vogel



Foto: C. Jacquemin

DR. LUTZ VOGEL

studierte Neuere und Neueste Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie an der TU Dresden. In seiner Dissertation untersuchte er die Migrationsgeschichte der sächsischen Oberlausitz. Seit 2016 arbeitet er am Hessischen Institut für Landesgeschichte in Marburg.

Plenarsitzungen

12.02. – 13.02.2025
26.03. – 27.03.2025
03.04.2025
21.05. – 22.05.2025
24.06. – 27.06.2025

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5601
AfD, Tel. 0351 493-4201
BSW, Tel. 0351 493-4410
SPD, Tel. 0351 493-5700
BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800
Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Offene Führungen ohne Anmeldung: für alle Altersgruppen geeignet
Treffpunkt:

Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer
Diese Führungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt.

Bitte ab 18 Jahren Lichtbildausweis mitbringen.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag
und auf YouTube: [YouTube/Sächsischer Landtag](https://www.youtube.com/SachsischerLandtag)

